

Aumüller, J., Daphi, P., Biesenkamp, C. 2015: Die Aufnahme von Flüchtlingen in den Bundesländern und Kommunen. Behördliche Praxis und zivilgesellschaftliches Engagement. Stuttgart. Internet: <http://www.bosch-stiftung.de/content/language1/html/64045.asp> (zuletzt eingesehen am 01.10.2016).

Beck, S./Schnur, O. 2016: Mittler, Macher, Protestierer. Intermediäre Akteure in der Stadtentwicklung. Berlin.

Bertelsmann Stiftung 2016: Koordinationsmodelle und Herausforderungen ehrenamtlicher Flüchtlingshilfe in den Kommunen. Gütersloh.

DESI - Institut für Demokratische Entwicklung und Soziale Integration 2016: Kommunale Flüchtlings- und Integrationspolitik. Ausgewählte Ergebnisse einer Online-Befragung von Städten, Landkreisen und Gemeinden, Vortrag von Gesemann, F. und Roth, R. auf dem 11. Forum Bürgergesellschaft, Diedersdorf, 30.4.2016.

Höcke, C./Schnur, O. 2016: Integration von Geflüchteten – quo vadis? Diskussionen und Positionen im Spiegel der vhw-Kommunalbefragung, vhw Werkstatt 06/2016. Berlin.

Hummel, K. 2015: Die Reifeprüfung der Zivilgesellschaft. BBE Newsletter für Engagement und Partizipation in Deutschland (22).

Karakayali, S., Kleist, J. O. 2015: EFA-Studie: Strukturen und Motive der Flüchtlingsarbeit in Deutschland, 1. Forschungsbericht: Ergebnisse einer explorativen Umfrage vom November/Dezember 2014. Berlin: Berliner Institut für empirische Integrations- und Migrationsforschung (BIM), Humboldt-Universität zu Berlin.

Netzwerk Bürgerbeteiligung (Hg.) 2016: Netzwerkimpuls „Integration braucht Beteiligung - Partizipation und Engagement von und mit Flüchtlingen“. Bonn.

Roth, R. 2015: Intermediäre Akteure in einer „vielfältigen Demokratie“. vhw Forum Wohnen und Stadtentwicklung (5), 226-230.

Stiftung Mitarbeit (Hg.) 2010: Freiwilliges Engagement für Flüchtlinge und von Flüchtlingen. Bonn.

vhw 2016: vhw-Kommunalbefragung: Herausforderungen „Flüchtlingskrise vor Ort“. Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse, Tabellenband mit den Ergebnissen zu 35 Fragen. Berlin. Internet: www.vhw.de/fileadmin/user_upload/06_forschung/PDF/Tabellenband_vhw_Kommunalbefragung_April_2016_komprimiert.pdf (zuletzt eingesehen am 01.10.2016) sowie bisher unveröffentlichte Zitate offener Nennungen zu der Frage 23 (kommunale Statements zur Netzwerkkooperation in der Geflüchteten thematik).

Nach der ‚Flüchtlingskrise‘: Mehr Fragen als Antworten

Roland Roth

Die Verführung ist groß, die überwiegend positiven Erfahrungen des zurückliegenden Jahres mit einem überraschend vielfältigen und starken bürgerschaftlichen Engagement für eine neue deutsche Willkommenskultur in die Zukunft zu verlängern. So wünschbar dies in vielerlei Hinsicht ist, gilt es dennoch, einige ungelöste und allenfalls auf längere Sicht bearbeitbare Herausforderungen im Blick zu behalten, um erwartbare Rückschläge zu vermeiden und sich auf Überraschungen und Stolpersteine einzustellen. Einigen dieser Herausforderungen widmet sich dieser Beitrag.

Lokale Potentiale, anhaltende Unsicherheiten und schneller Wandel

Viele deutsche Kommunen waren besonders in den letzten Monaten des Jahres 2015 beziehungsweise Anfang 2016 als Folge einer überraschenden bundespolitischen Entscheidung im September mit einer großen Zahl von Geflüchteten konfrontiert, die ihnen zumeist im Rahmen der üblichen föderalen Verteilungspraxis („Königsteiner Schlüssel“) und entsprechender Landesverfahren in der

Regel sehr kurzfristig zugewiesen wurden. Das bundespolitische Diktum „Wir schaffen das!“ war zunächst nicht mit konzeptionellen und strategischen Programmen oder zusätzlichen finanziellen Mitteln unterlegt, sondern wurde wesentlich zur Angelegenheit der kommunalen Ebene und der lokalen Zivilgesellschaft gemacht – mit mehr oder weniger intensiver Unterstützung der jeweiligen Bundesländer. Die Aufnahme und allmähliche Integration einer vergleichsweise großen Zahl von Geflüchteten war damit vorwiegend eine Aufgabe der „örtlichen Gemeinschaft“ geworden, wie es in Artikel 28, 2 des Grundgesetzes heißt. Von unrühmlichen Ausnahmen wie Berlin und einigen ostdeutschen Kommunen einmal abgesehen, hat die lokale Ebene erstaunlich produktiv und tatkräftig auf diese Herausforderung reagiert. Dies hat eine gemeinsam mit Frank Gesemann in den ersten Monaten des Jahres organisierte Online-Befragung zur kommunalen Flüchtlings- und Integrationspolitik bestätigt, an der sich rund 270 Städte, Landkreise und Gemeinden beteiligt haben (Gesemann/Roth 2016). Unstrittig ist dabei die zentrale Rolle der Zivilgesellschaft. Mehr als 90 Prozent der Kommunen sehen im bürgerschaftlichen Engagement die zentrale Ressource gefolgt von möglichst breiten lokalen Kooperationsnetzwerken. Hilfreich ist zudem eine positive Grundstimmung und Offenheit der Bevölkerung, von der zwei Drittel der Kommunen berichten. Sorgen machen dagegen vor allem fehlende Ressourcen (Geld, Personal etc.) und eine unkoordinierte Politik von Bund und Ländern. Auch wenn diese Studie nicht repräsentativ sein konnte, werden die zentralen Ergebnisse von anderen Befragungen und Fallstudien bestätigt¹.

Diese insgesamt positive Entwicklung kommt durchaus überraschend. Viele Kommunen verfügen zwar über eigene integrationspolitische Erfahrungen, Konzepte und Strategien (vgl. Gesemann et al. 2012).² Auch die Zuwanderung von Geflüchteten hat es trotz der 1993 gegen heftige Proteste vollzogenen Aushöhlung des Asylrechts weiterhin gegeben, wenn auch auf deutlich niedrigerem Niveau. Allerdings waren diese Menschen mit unsicherem

Aufenthaltsstatus, für den auch skandalös lange Asylverfahren sorgten, weitgehend aus einem integrationspolitischen Kanon ausgeschlossen, der sich im letzten Jahrzehnt auf allen Ebenen der Staatsorganisation ausgebreitet hat. Die Maßnahmen, die sich Bund, Länder und Gemeinden im Nationalen Integrationsplan (2007) und im Nationalen Aktionsplan Integration (2011) versprochen haben, blieben, wie zum Beispiel die Integrationskurse des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF), in der Regel explizit auf den Ausschnitt der Migrationsbevölkerung „mit verfestigtem Aufenthaltsstatus“ beschränkt. Zugespitzt lässt sich formulieren, dass die so geführte Integrationsdebatte in Deutschland dazu beigetragen hat, die Augen vor dem Flüchtlingsthema zu verschließen und auf eine entsprechende Vorsorge zu verzichten. Erst unter dem Eindruck eines steigenden Fachkräftebedarfs gab es eine zögerliche Öffnung für eine gezielte Einwanderungspolitik. Einen Durchbruch erzielte erst die Fluchtbewegung des letzten Herbstes. Seither wird das Integrationsinstrumentarium – wenn auch eingeschränkt – für Geflüchtete mit „guter Bleibeperspektive“³ geöffnet.

Gleichzeitig wurde die langsame integrationspolitische Öffnung durch die schnelle und drastisch erhöhte Zuwanderung von Geflüchteten im Herbst 2015 herausgefordert. Dem ‚Kontrollverlust‘ an den Grenzen entsprach ein ‚Behördenversagen‘, das – wenn überhaupt – zivilgesellschaftlich und kommunal kompensiert wurde. Hier rächte sich, dass die Fiktion der sicheren EU-Außengrenzen und die reale Abschiebung der Verantwortung an die Mittelmeeranrainer dazu diente, das Thema Flucht hierzulande zu verdrängen. Forschungsinstitute, die sich mit diesem Thema beschäftigten, wurden irgendwann nach 1993 ebenso abgewickelt wie kommunale Flüchtlingseinrichtungen, die nach dem Ende der Kriege in Ex-Jugoslawien überflüssig schienen.

Ein Jahr nach der ‚Flüchtlingskrise‘ dürfte sich die Aufnahmesituation an vielen Orten entspannt haben, Flüchtlingsnetzwerke arbeiten und die lokalen Institutionen (Kitas, Schulen, Arbeitsagenturen, Gesundheits- und

Sozialdienste etc.) stellen sich allmählich auf die neue Zuwanderungsgruppe ein. Es liegt nahe, sich über die Stärke der Zivilgesellschaft und deren (freilich nicht von allen und überall) überraschend große Offenheit zu freuen und die neuen oder aktivierten lokalen Flüchtlingsnetzwerke bereits als Vorboten eines Trends in Richtung Bürgerkommune zu sehen, wo Politik und Kommunalverwaltung gemeinsam mit der Zivilgesellschaft und der örtlichen Wirtschaft ein Politikfeld vernetzt und kollaborativ gestalten. So sehr eine solche Entwicklungsperspektive, die Sebastian Beck (2016) in diesem Heft skizziert, zu wünschen ist, sollten doch die absehbaren Herausforderungen auf diesem Weg im Blick behalten werden. Dies gilt in erster Linie für die Fluchtbewegungen selbst, damit nicht erneut jene Verdrängung einsetzt, die in der Vergangenheit von den Schengen- und Dublin-Verträgen begünstigt wurde. Es kommt darauf an, nicht erneut überrascht mit leeren Händen dazustehen, wenn sich die Situation vor Ort radikal verändern sollte und die doppelwandige Absicherung des national/europäischen Containers löchrig wird. Zu rechnen ist angesichts vielfältiger globaler Umbrüche⁴ zudem verstärkt mit Unsicherheiten, die wir noch nicht kennen, sogenannten „unknown unknowns“ (Urry 2016: 1).

Die ungelöste Flüchtlingsfrage

Zu den Merkwürdigkeiten des zurückliegenden Jahres gehört zweifellos, dass hinter dem Vorhang des „Wir schaffen das!“ von der Bundesregierung massiv daran gearbeitet wurde, den status quo ante, also die ‚Festung Europa‘ zu restaurieren und zu erweitern sowie eine restriktive Zuwanderungspraxis zu verstärken. Der beachtliche Rückgang der Anzahl der Geflüchteten, die es im Jahr 2016 bis nach Deutschland geschafft haben, spricht für den Erfolg dieser vielfältigen Bemühungen. Es darf aber bezweifelt werden, dass diese Begrenzung der ‚ungesteuerten Zuwanderung‘ von Dauer sein könnte⁵.

Die von Ungarn und anderen Anrainern bewirkte Schließung der Balkan-Route, das

Türkei-Abkommen oder die Versuche, arabisches und nordafrikanische Herkunftsländer zur Rücknahme von Geflüchteten und zur Grenzschießung zu bewegen, wirken fragil und unsicher, denn viele ihrer Erfolgsbedingungen liegen außerhalb der Reichweite deutscher Politik. Auch ein Ende der kriegerischen Auseinandersetzung zeichnet sich gerade in den Konfliktregionen nicht ab, aus denen die Mehrzahl der Geflüchteten kommt. Die Zahlen der Weltflüchtlingsorganisation sprechen eher für ein weiteres Anwachsen der Fluchtbewegungen. Dass die aktuell eher bescheidenen Anstrengungen der deutschen Regierung zu einer Eindämmung der Fluchtursachen zu schnellen Erfolgen führen, scheint ebenso unwahrscheinlich wie der Versuch, das Mittelmeer in einen Hochsicherheitstrakt zu verwandeln. Es ist deshalb durchaus möglich, dass es in den nächsten Monaten und Jahren erneut zu verstärkten und beschleunigten Fluchtbewegungen nach Deutschland kommt.

Wie wird die Zivilgesellschaft dann reagieren? Kommt es zur Neuaufgabe der Willkommenskultur und wie wird die politische Rahmung der Zuwanderung aussehen? Welchen Einfluss werden die erstarkenden fremdenfeindlichen Gegenmobilisierungen und rechtspopulistischen Parteien haben, die dann mehr oder weniger einflussreich in den Parlamenten sitzen? Oder geben wir uns der perversen Hoffnung hin, dass nach Polen und Ungarn künftig ein Cordon von weiteren rechtspopulistisch dominierten Regierungen in Österreich, der Schweiz und in Frankreich für Mauern und Abschottung sorgt?

Für die Kommunen stellen sich heute bereits pragmatische Fragen, ob sie beispielsweise die neu geschaffenen Aufnahmekapazitäten (Unterkünfte etc.) auf Dauer bereitstellen müssen und wie sie die Verträge mit den Dienstleistern im Flüchtlingsbereich gestalten sollten. Unklar sind auch die Bleibeperspektiven der Neuangekommenen. Dies bezieht sich zu allererst auf Anerkennung, Abschiebung und Familiennachzug, aber auch auf ihre räumliche Mobilität innerhalb Deutschlands. In ländlichen und strukturschwachen Regionen ist davon aus-

zugehen, dass ein Großteil der zugewiesenen Geflüchteten die Orte in Richtung besserer Erwerbsmöglichkeiten und bereits existierender herkunftsbezogener Communities verlassen wird, sobald ihnen dies statusrechtlich möglich ist. Eine Allensbach-Befragung machte um die Jahreswende 2015/16 auf diese Unsicherheit aufmerksam: „Während sich die großen Städte auf einen Zuzug, vielfach auf einen starken Zuzug einstellen, sind die ländlichen Kreise und Kommunen mit überwältigender Mehrheit überzeugt, dass viele der Flüchtlinge ihre Region wieder verlassen werden“ (Allensbach 2016: 64f.). Ein ähnliches Erwartungsgefälle besteht zwischen west- und ostdeutschen Kommunen und Kreisen: „Während sich in Westdeutschland vier von zehn Kommunen und Kreisen auf einen Zuzug einstellen, gilt dies nur für jeden fünften Kreis oder Kommune in Ostdeutschland. Zwei Drittel der ostdeutschen Kreise und Kommunen gehen davon aus, dass viele Flüchtlinge nur vorübergehend bei ihnen leben werden“ (Allensbach 2016: 65). Ob und in welchem Umfang die im Integrationsgesetz des Bundes erneut verankerte (zeitlich begrenzte) Wohnsitzauflage greifen wird, ist angesichts der sich abzeichnenden Widerstände aus einigen Bundesländern nicht abzusehen. Sollte dieser Steuerungsmechanismus nicht greifen oder spätestens nach seinem Auslaufen wird es zu einer verstärkten Binnenwanderung der Geflüchteten kommen.

Zwar ist eine große Zahl von Kommunen bereits sehr früh, wie unsere Befragung zu Jahresbeginn ergeben hat (Gesemann/Roth 2016), von der Erstversorgung in den Integrationsmodus übergegangen (so auch vhw 2016: 15), aber auch nach rund einem Jahr dürfte es schwierig sein, lokale integrationspolitische Erfolge mit Blick auf die Neankömmlinge verlässlich zu bewerten. Zu dieser Unsicherheit trägt auch die häufig gestellte Frage bei, ob es gelingen wird, das oftmals große zivilgesellschaftliche Engagement so zu stabilisieren, dass es auch längerfristig zu integrationspolitischen Erfolgen beitragen kann⁶. Offen ist auch, ob die bundesstaatlich ausgehandelten Finanzierungsbedingungen⁷ dieses Handlungsfeldes, die

verschiedenen Programme der Bundesländer und die rechtlich-administrativen Handlungsspielräume hinreichend sind, um Integration vor Ort dauerhaft und erfolgreich zu gestalten.

Sozialer Zusammenhalt und Zivilgesellschaft

Die Reaktionen auf die Herausforderungen, die mit einer großen Zahl von Flüchtlingen in kurzer Zeit verbunden waren, haben die eminente Bedeutung der Zivilgesellschaft für den sozialen Zusammenhalt⁸ unterstrichen. Wesentliche Aufnahme- und Integrationsleistungen wurden, wie gezeigt, an vielen Orten nicht durch Behörden und öffentliche Einrichtungen, sondern durch bürgerschaftliches Engagement und zivilgesellschaftliche Akteure erbracht. Neue Initiativen und Netzwerke sind entstanden, bestehende Zusammenschlüsse und Institutionen wie zum Beispiel Kirchen und Wohlfahrtsverbände haben neue Impulse erhalten. Offensichtlich sind viele dieser zivilgesellschaftlichen Akteure auch über die unmittelbare Nothilfe hinaus aktiv. Eine Dauerbeobachtung des Sozialwissenschaftlichen Instituts der EKD konstatiert, dass sich die gesellschaftliche Stimmungslage im Sinne der Offenheit für Geflüchtete zwischen November 2015 und August 2016 kaum verändert hat, das ohnehin schon beachtliche Engagement für Geflüchtete sei im gleichen Zeitraum von 10,9 auf 11,9 Prozent der Befragten gestiegen und drei von vier Befragten können sich ein Engagement vorstellen (Ahrens 2016). An vielen Orten haben sich neue kollaborative Netzwerke gebildet, die das integrationspolitische Politikfeld heute mehr oder weniger prägen. Gleichwohl ist offen, was aus diesen für die Qualität der lokale Integrationspolitik zentralen Netzwerken⁹ in Zukunft wird.

Diese prägende Kraft der Zivilgesellschaft kam durchaus überraschend. Sie verweist auf zivilgesellschaftliche Potentiale und Motive, die im Ernstfall wirksam werden (können) und bestätigt angesichts vieler Erstengagierter die in den Freiwilligensurveys immer wieder erhobene grundsätzliche Bereitschaft zum

Engagement auch bei der Mehrzahl der bislang nicht Engagierten. Dies war bereits bei der ehrenamtlichen Fluthilfe der Fall, die bei verschiedenen Überschwemmungen praktiziert wurde. Bei der Flüchtlingshilfe geht es jedoch nicht nur um eine kurzfristige Nothilfe für Nachbarn, sondern um die dauerhafte Unterstützung von Fremden in einem politisch brisanten Umfeld, wie die dramatisch angestiegenen Übergriffe auf Flüchtlingsunterkünfte und ihre Bewohnerinnen und Bewohner¹⁰, aber auch die Wahlerfolge der AfD zeigen. Es häufen sich zudem Berichte, dass auch Helferinnen und Helfer sowie ihre politischen Unterstützer bedroht und eingeschüchtert werden.

Welche Motive und Einstellungen das Engagement ausgelöst haben und weiterhin nähren, ist noch weithin ungeklärt. Ebenso der Umfang und die Kontinuität des freiwilligen Engagements. Die vorliegenden, insgesamt nicht repräsentativen Befunde fallen je nach Untersuchungsdesign, Zeitpunkt und Region sehr unterschiedlich aus. Während einerseits das Interesse an neuen Kulturen, der politische Einsatz für eine offene und vielfältige Gesellschaft und gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit betont wird (Karakayali/Kleist 2016: 30ff.), machen andere Befragungen darauf aufmerksam, dass sich auch Zuwanderungsskeptiker und am Status quo orientierte Bürgerinnen und Bürger für Geflüchtete engagieren (Eisnecker/Schupp 2016: 6f.).

Aber offensichtlich ist auch das wachsende Engagement gegen ‚Fremde‘ im Allgemeinen und den Zuzug von Geflüchteten aus arabischen Ländern im Besonderen angewachsen. Seine Formen und Motive verdienen stärkere Beachtung, weil sie kurz- und langfristig Folgen für den sozialen Zusammenhalt in einer vielfältiger werdenden Gesellschaft haben dürften. Jenseits der Pro/Kontra-Konfliktlinie wird zu überprüfen sein, ob unter der Bedingung schneller und starker Zuwanderung der von Robert Putnam für die USA diagnostizierte „Schildkröten-Effekt“ eingetreten ist, also ein Rückzug ins Private stattfindet (Putnam 2007). Schnell wachsende Diversität verursache, so seine These mit Blick auf US-Erfahrungen,

einen Ausstieg aus dem bürgerschaftlichen Engagement. Ob dies auch für sozialstaatlich geprägte europäische Gesellschaften gilt, ist strittig (vgl. Koopmans/Schaeffer 2016; Petermann/Schönwälder 2014). Da Putnam nicht zuletzt die Geschwindigkeit und den Umfang des Zuzugs als zentrale Faktoren für den Rückzug betont, wird es darauf ankommen, die Situation des bürgerschaftlichen Engagement – jenseits der Frontlinie pro und kontra Zuwanderung – nach der ‚Flüchtlingskrise‘ von 2015 genauer zu untersuchen. Dies gilt auch für die Bedeutung alltäglicher sozialer Kontakte und Dialoggelegenheiten zwischen Einheimischen und Zugewanderten, die üblicherweise integrativ wirken, aber unter bestimmten Umständen auch negativ bewertet werden können (Ahrens 2016: 11f.)¹¹.

Neue politische Konfliktlinie: Schließen versus Öffnen

Wenig überraschend sind die breiten gesellschaftlichen und politischen Widerstände, die mit verstärkter Zuwanderung verbunden sind. Rassistische und fremdenfeindliche Potentiale und Aktivitäten sind in der Vergangenheit vielfach analysiert worden. Gleichwohl war (und ist) die ‚Flüchtlingskrise‘ auch die Stunde der Akteure auf der dunklen Seite der Zivilgesellschaft. Deutschland hat in den vergangenen Jahren Anschluss an die rechtspopulistischen Strömungen in Europa gefunden. Dies verdeutlicht der Aufstieg der AfD, das nun zweijährige Bestehen von Pegida ebenso, aber auch der Dauerkonflikt zwischen den Unionsparteien. Politikwissenschaftliche Analysen haben bereits seit einigen Jahren auf die politische Brisanz dieser neuen globalisierungsbedingten Konfliktlinie (Öffnen versus Schließen) aufmerksam gemacht, die nicht nur das Parteiensystem in vielen Ländern Westeuropas aufgemischt hat (vgl. Kriesi et al. 2008 & 2012). Für den sozialen Zusammenhalt und die politische Kultur dürfte es entscheidend sein, ob es gelingt, diese Konfliktlinie zu zivilisieren – wie dies in der Vergangenheit mit dem Rechts/Links-Konflikt weitgehend gelungen ist. Ak-

tuell treffen vor Ort ‚ausländerfreundliche Gutmenschen‘ und ‚wütende‘ oder ‚besorgte‘ Bürgergruppen aufeinander, die mit verstärkter Zuwanderung den Untergang des Abendlandes verbinden. Mit der ‚Flüchtlingskrise‘ habe sich, so eine Studie des Bielefelder IKG, eine Polarisierung in der Bevölkerung mit zwei kaum vereinbaren Standpunkten ausgeprägt: „Jene, für die die Willkommenskultur als Leitbild für die anstrengende wie konflikthafte Frage nach der Integrationsgesellschaft leitend ist, stehen anderen gegenüber, welche sich alte Ordnungen zurückwünschen und klare Hierarchien zwischen sogenannten Etablierten und Außenseitern bzw. Neuhinzukommenden sehen“ (Zick/Preuß 2016: 27). Die aktuellen Zuspitzungen auf der Straße und in öffentlichen Debatten machen deutlich, dass sich dieser Konflikt noch in einem gewaltgesättigten ‚rohen‘ Zustand befindet. Weitere Eskalationen sind nicht auszuschließen.

Diese neue Konfliktlinie gewinnt zusätzlich an Brisanz, weil sie offensichtlich dazu taugt, weitere Konfliktthemen anzulagern. Dazu gehören zunächst die sozialen Folgen der Globalisierungsprozesse. Rechtspopulistische Akteure mobilisieren entlang sozialer Abstiegsängste und höchst realer Deklassierungserfahrungen der ‚Globalisierungsverlierer‘ und der Bevölkerung in ‚abgehängten‘ Regionen. Wachsende soziale Ungleichheiten und ihre Folgen für Demokratie und sozialen Zusammenhalt sind nicht von ungefähr in jüngster Zeit zu einem Megathema geworden. Die Quelle sozialer Ungleichheit wird nicht versiegen, weil nach allen Erfahrungen mit schneller Zuwanderung einer großen Zahl von Migrantinnen und Migranten vor allem die unteren zehn Prozent des Arbeits- und Wohnungsmarktes real unter Druck geraten und Wohlstandsverluste erleiden müssen, wenn diese Entwicklung nicht sozialstaatlich abgefedert wird. Das Elite/Masse-Schema wird als weiteres Thema genutzt. Neben die Abwehr von Zuwanderung tritt so der Kampf gegen das Establishment (vgl. Teney/Helbling 2014). Hinzu kommen religiöse und kulturelle Konfliktthemen. Besonders in den Programmdebatten der AfD

wurde ein zugespitzter Kulturkonflikt deutlich. Mit der Ankündigung des Parteivorsitzenden Jörg Meuthen, gegen ein „rot-grün verseuchtes 68er-Deutschland, von dem wir die Nase voll haben“ anzutreten (vgl. Gessenharter 2016), mobilisiert die AfD über die Flüchtlingsfrage hinaus autoritär-wertkonservative und völkisch konnotierte Milieus gegen ein libertär-humanitäres Lager (vgl. Wiesendahl 2016).

Besonders Kommunen werden verstärkt zu politischen Laboratorien, die eine zivilisierte Konfliktbearbeitung finden müssen, wenn die politische Kultur und der soziale Zusammenhalt keinen größeren Schaden nehmen sollen. Mit neuen lokalpolitischen Konstellationen ist zu rechnen, wenn die AfD ihren Erfolgskurs auch bei Kommunalwahlen fortsetzen kann. Dabei könnte die Integrationspolitik der Kommunen zu einem zentralen Kampffeld werden. Gerade die parteipolitischen Rahmungen haben in konfliktgeladenen Kontexten, wie ländervergleichende Studien zeigen (Helbling et al. 2015), erheblich Einfluss auf das Integrationsgeschehen.

Die Fluchtbewegung im Herbst 2015 als „suddenly imposed grievance“

In den Forschungen über Integration und sozialen Zusammenhalt gibt es eine starke Tendenz, allmähliche und weitgehend ‚stille‘ Veränderungen in den Vordergrund zu rücken (Einstellungen, Mitgliedschaften etc.). Die Reaktionen auf die große Zahl an Geflüchteten, die im Herbst 2015 nach Deutschland gekommen sind, erinnern daran, dass als bedeutsam erlebte Ereignisse zum einen Einstellungen schnell und erheblich verändern. Unter dem Eindruck der Flüchtlingszuwanderung verzeichnet z.B. der jüngste Thüringen-Monitor eine Trendwende. Der Anteil der rechtsextrem Eingestellten stieg – nach einem Rückgang auf 17 Prozent im Vorjahr – auf 24 Prozent im Juni 2015 (vgl. Best et al. 2015: 90). Ähnlich sprunghafte Veränderungen zeigen auch Allensbach-Befragungen (Unzicker 2016: 13). Zum anderen können wichtige Ereignisse auch Handlungen in einem unerwarteten Umfang stimulieren, sei es nun

das bürgerschaftliche Engagement für eine Willkommenskultur oder die Protestbereitschaft gegen die Aufnahme von Geflüchteten.

Dieses Phänomen wurde bisher vor allem in der Protest- und Bewegungsforschung mit dem Konzept der „suddenly imposed grievances“ untersucht¹². Von krisenhaft erlebten Ereignissen können erhebliche Mobilisierungswirkungen ausgehen. Themenanwälte und kleine Protestgruppen haben Zulauf, neue bilden sich¹³. Die große Zahl von Geflüchteten stellte im letzten Herbst eine solche plötzliche gesellschaftliche Herausforderung dar, die ein bloßes Weiterso unwahrscheinlich machte. Dabei geht es nicht nur um reale Auslösefaktoren, sondern auch um das Framing von Ereignissen (zum Beispiel in Deutschland als ‚Flüchtlingskrise‘), an dem Politik und Medien entscheidenden Anteil haben. Ohne das Gewicht objektiver Herausforderungen zu leugnen, spielt der Deutungsrahmen eine wichtige Rolle, also die Art und Weise, wie über die Herausforderungen öffentlich geredet wird. Ein aktuelles Beispiel macht dies deutlich. Obwohl in Bayern allgemeiner Wohlstand und Arbeitsmarkt günstige Integrationsvoraussetzungen bieten und nach der Grenzöffnung im September 2015 eine spontane Willkommenskultur entstand, überwiegen bei der Frage „Wird Deutschland Ihrer Ansicht nach die Herausforderungen durch die Aufnahme der Flüchtlinge bewältigen?“ die Skeptiker. Bayern ist damit auf den schlechtesten Wert aller westlichen Bundesländer gesunken (Ahrens 2016: 7f.). Diese negative Tendenz dürfte auch ein ‚Erfolg‘ der politischen Rahmung durch die Regierungspartei des Bundeslandes sein. Die Übergriffe auf der Kölner Domplatte, die islamistisch motivierten Attacken von Ansbach und Würzburg oder die Festnahme eines Terrorverdächtigen in Leipzig verweisen auf einen anderen Typus bedrohlicher Ereignisse, die auch in Deutschland eine Dimension erreichen können, in der die bereits bestehenden Willkommensstrukturen unter Druck geraten. Ohne Zweifel stehen politische Unternehmer bereit, solche Gelegenheiten zu nutzen.

Wir wissen bisher vergleichsweise wenig über die Einbettung und strukturierende Wir-

kung solcher „suddenly imposed grievances“ für das Handlungsfeld Zuwanderung und Vielfalt. Vieles spricht für längerfristige Normalisierungstendenzen (für das bürgerschaftliche Engagement s. Karakayali/Kleist 2016) und ein Abflauen von Mobilisierungseffekten. Da es nicht zuletzt um längerfristige und offene Integrationsprozesse geht, wird es darauf ankommen, ob es gelingt, aus überwiegend spontanen Willkommenskulturen lokale Willkommensstrukturen zu etablieren (vgl. Hamann et al. 2016).

Etwas Neues entsteht – oder auch nicht

Viele, vor allem ausländische Beobachter sehen in den Herausforderungen des zurückliegenden Jahres einen Wendepunkt in der deutschen Nachkriegsentwicklung, dem eine ähnliche Bedeutung zukommen könnte wie die deutsche Vereinigung. Auf der Agenda steht zum Beispiel ein verändertes ‚postnationales‘, zumindest nicht mehr ethnisch begründetes Verständnis von Bürgerschaft und Zugehörigkeit, das Vielfalt als Chance begreift. So sprechen Marina und Herfried Münkler programmatisch von den „neuen Deutschen“ (2016) und meinen damit keineswegs nur die Zugewanderten. Vielleicht hat die Zukunft wirklich schon begonnen (vgl. Urry 2016).

Sie wird jedoch nur eine Chance haben, wenn es gelingt, die in diesem Beitrag beschriebenen Herausforderungen (und vermutlich einige andere mehr) anzunehmen und Antworten zu finden. Dies beginnt bei der drängenden Flüchtlingsfrage, für die sich weder eine deutsche oder europäische noch eine internationale Lösung abzeichnet, auch wenn die im September 2016 im UN-Kontext verabschiedete *New Yorker Deklaration für Flüchtlinge und Migranten* einige Marksteine benennt. Über den sozialen Zusammenhalt in einer vielfältigen Gesellschaft wird nicht nur eine strategisch gut aufgestellte Integrationspolitik entscheiden, sondern eine flankierende Sozial-, Bildungs- und Arbeitsmarktpolitik. Wie inklusiv diese und andere Politiken angelegt sein werden,

dürfte erheblich von der Zivilisierung und Moderierung der sich verfestigenden Konfliktlinie zwischen Schließen und Öffnen abhängen. Mit weiteren krisenhaften Ereignissen ist zu rechnen und ihre ambivalenten Mobilisierungswirkungen müssen in Zukunft nicht ein Übergewicht an prosozialen und integrativen Aktivitäten auslösen, wie dies im Herbst 2015 der Fall war.

Der Schwung der Willkommenskultur wird auf eine Mischung von Normalisierung, institutionellen Widerständen und retardierenden Kräften treffen. Umso wichtiger dürften Experimentierfreude und Lernbereitschaft, fehlerfreundliche Settings und Korrekturfähigkeit sein. Sie können am besten in kollaborativen lokalen Netzwerken gesteigert werden, die auf das Wissen und die Erfahrungen der Vielen setzen, gemeinsame Handlungsstrategien entwickeln und in denen sich die Beteiligten für das Gelingen gemeinsam verantwortlich fühlen. Gift dürfte dagegen der Rückfall in ein Denken und Handeln in Regelabläufen und Zuständigkeiten sowie der Hang zu wechselseitigen Schuldzuweisungen sein.

Aber es geht nicht nur um die Haltungen und den Eigensinn der Engagierten oder eine mutige Stadtpolitik, die auf die Produktivität von Netzwerken setzt. Mindestens ebenso bedeutsam ist die politische Partizipation und Selbstorganisation der Geflüchteten selbst¹⁴. Wie das noch immer ausstehende Kommunalwahlrecht für Drittstaaten-Ausländer verdeutlicht, tut sich die Integrationspolitik in Deutschland damit besonders schwer. Mehr politische Beteiligung ist durchaus konfliktträchtig. So hatte eine lokale Gruppe der rechtsextremen *Identitären Bewegung* anlässlich der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt im März 2016 sogar das Wahllokal für eine vom Landesnetzwerk der Migrantenorganisationen veranstaltete Probewahl für Migranten in Halle zugemauert und mit der Aufschrift „No Way“ versehen (Zeit online vom 11. März 2016). Der Weg zu einer Öffnung der einheimischen Gesellschaft für Geflüchtete, die schon da sind und jene, die noch kommen werden, dürfte steinig und konfliktreich werden.

Roland Roth ist Professor für Politikwissenschaft an der Hochschule Magdeburg-Stendal. Kontakt: roland.roth@hs-magdeburg.de

Anmerkungen

- ¹ „In 97 Prozent der Landkreise und Kommunen ist die Hilfsbereitschaft groß“, ergab eine Befragung von kommunal Verantwortlichen im Februar 2016 (Allensbach 2016: 38). Dabei rechneten 70 Prozent der befragten Kommunen und Landkreise zu diesem Zeitpunkt mit einem stabilen Engagement, 13 Prozent erwarten sogar eine Zunahme, während 14 Prozent eine Abnahme erwarten. Aber es wurde gleichzeitig von Sorgen und Ängste berichtet (Allensbach 2016: 40), und zwar vor allem mit Bezug auf die generelle gesellschaftliche Entwicklung (53 Prozent) und die Situation vor Ort (36 Prozent). Schließlich berichteten Kommunen auch von offener Ablehnung gegenüber Flüchtlingen. In Ostdeutschland sind dies 69 Prozent der Kommunen, in Westdeutschland nur 23 Prozent. Auch die sozialräumlichen Unterschiede sind erheblich: 28 Prozent der kreisfreien Großstädte berichten von offener Ablehnung, von den ländlichen Kreisen und Kommunen sind dies 43 Prozent (Allensbach 2016: 44).
- ² Die konzeptionellen Voraussetzungen fallen jedoch je nach Ortsgröße sehr unterschiedlich aus. So verfügen nach einer Befragung des vhw vom März 2016 zwar 65,9 Prozent der Großstädte über 100.000 Einwohner über ein eigenes aktuelles Integrationskonzept, aber in der nächsten Größenklasse (50 – 100 000 Einwohner sind es nur noch 31,6 Prozent und bei Gemeinden unter 10.000 Einwohner sinkt die Zahl auf 5,1 Prozent. Auffällig sind danach auch die regionalen Unterschiede: 31,4 Prozent der Kommunen im Süden, aber nur 13,6 Prozent der Kommunen im Osten verfügen über Integrationskonzepte (vhw 2016: 14).
- ³ Eine „gute Bleibeperspektive“ haben Personen aus einem Herkunftsland, das eine Schutzquote von über 50 Prozent aufweist. Die Liste der Länder, die das Kriterium er-

füllen (zuletzt Syrien, Irak, Iran, Eritrea und Somalia), wird vom BAMF jährlich festgelegt.

⁴ Wolfgang Streeck hat kürzlich seine soziologischen und ökonomischen Gegenwartsanalysen, die auch als Signatur der Epoche taugen, auf die prägnante Formel gebracht: „Ordnung ist eine Ausnahme, nicht die Regel“ (Streeck/Labrousse 2016).

⁵ Diese Zweifel teilen auch verschiedene Beiträge in Reschke 2015.

⁶ Der Beitrag der Zivilgesellschaft zur Flüchtlingsaufnahme und bei der Integration vor Ort ist in der kommunalen „Familie“ unstrittig: „Ein großer Teil der Arbeit wurde und wird von engagierten, ehrenamtlich tätigen Bürgerinnen und Bürgern geleistet. Ohne dieses Engagement wäre nicht nur vieles in der ersten Phase der Aufnahme der Menschen nicht machbar gewesen, sondern dieses Engagement wird auch in der vor uns liegenden Zeit für eine zügige und gelingende Integration gebraucht“ (Deutscher Städtetag 2016: 5). Die überragende Bedeutung der Ressource bürgerschaftliches Engagement wird auch in anderen Studien bestätigt. „Dies war und ist die Stunde des bürgerschaftlichen Engagements“ (Speth/Becker 2016: 4). Allensbach berichtet, dass für 86 Prozent der Landkreise und Kommunen die ehrenamtliche Unterstützung „sehr wichtig“ und für 14 Prozent „wichtig“ ist (2016: 38). Nach Kienbaum (2016: 8) benennen 83 Prozent der Kommunen das bürgerschaftliche Engagement als wichtige Ressource zur Lösung der Integrationsaufgaben. In der vhw-Studie können 83,4 Prozent der befragten Kommunen auf ein aktives ehrenamtliches Engagement für Flüchtlinge verweisen; 73,4 Prozent berichten von neu gegründeten Flüchtlingsinitiativen, aber auch Kirchen (74,4 Prozent), alteingesessene Initiativen (64,3 Prozent), soziale Träger und Wohlfahrtsverbände (64,3 Prozent) sind in der Flüchtlingshilfe aktiv (vhw 2016: 11). Während ehrenamtlich tätige Einzelpersonen, Kirchen, neue und alteingesessene Initiativen in allen Ortsgrößen stark vertreten sind, nimmt das Engagement von sozialen Trägern und Wohlfahrtsverbänden, Unternehmen

und ihren Verbänden, Moscheevereinen und Migrantenorganisationen mit der Gemeindegröße deutlich zu (vhw 2016: 11).

⁷ Eine kritische Bilanz der Finanzierungsbedingungen bietet der Gemeindefinanzbericht 2016 (Deutscher Städtetag: 33ff.).

⁸ Sozialer oder gesellschaftlicher Zusammenhalt ist selbst ein normativ umstrittenes und vielfältig interpretiertes soziologisches Konstrukt. Empirisch hat sich für die Untersuchung von Gegenwartsgesellschaften ein Konzept bewährt, das die Bereiche soziale Beziehungen, Verbundenheit und Gemeinwohlorientierung mit jeweils drei Dimensionen untersucht: soziale Netze, Vertrauen in Mitmenschen und Akzeptanz von Diversität; Identifikation mit dem Gemeinwesen, Vertrauen in Institutionen und Gerechtigkeitsempfinden; Solidarität und Hilfsbereitschaft, Anerkennung sozialer Regeln und gesellschaftliche Teilhabe (Dragolov et al. 2014: 15).

⁹ In dieser Bewertung ist sich das Gros der empirischen Studien zur Flüchtlingspolitik einig – vgl. Gesemann/Roth 2016; Schamann/Kühn 2016: 35f..

¹⁰ Vgl. hierzu den aufschlussreichen, regional differenzierten Datensatz zur Gewalt gegen Flüchtlinge in Deutschland des Kieler Instituts für Weltwirtschaft (Bencek/Strasheim 2016).

¹¹ Wann Kontakte als Bedrohung erlebt werden und fremdenfeindliche Reaktionen begünstigen, dürfte nicht nur von der Anwesenheit von Migranten, sondern auch von sozialräumlichen und sozioökonomischen Faktoren abhängig sein (vgl. Weber 2016).

¹² Das Konzept geht auf Edward Walsh (1981) und seine Analyse des Nuklearunfalls in Three Mile Island von 1979 zurück. Gemeint sind „those dramatic, highly publicized and often unexpected events – (human-)made disasters, major court decisions, official violence – that serve to dramatize and therefore increase public awareness of and opposition to particular grievances“.

¹³ „To the degree a society is subjected to such acute social crisis with which existing authorities and groups cannot or will not cope, to that degree people are prepared for SMO

(Social Movement Organizations) affiliation“ (Lofland 1996).

¹⁴ Vgl. hierzu das Impulspapier des Netzwerks Bürgerbeteiligung „Integration braucht Beteiligung – Partizipation und Engagement von und mit Flüchtlingen“ (www.netzwerk-buergerbeteiligung.de).

Literatur

Abrens, Petra-Angela 2016: Skepsis oder Zuversicht? Erwartungen der Bevölkerung zur Aufnahme von Flüchtlingen zwischen November 2015 und August 2016. Hannover: Sozialwissenschaftliches Institut der EKD.

Allensbach (Institut für Demoskopie Allensbach) 2016: Situation und Strategien in den Kommunen. Zum Umgang mit der aktuellen Zuwanderung von Asylsuchenden (17.02.2016).

Aumüller, Jutta 2016: Flüchtlingszuwanderung und bürgerschaftliches Engagement. Betrifft: Bürgergesellschaft 42. Berlin: FES.

Aumüller, Jutta/Daphi, Priska/Biesenkamp, Celine 2015: Die Aufnahme von Flüchtlingen in den Bundesländern und Kommunen. Behördliche Praxis und zivilgesellschaftliches Engagement. Stuttgart: Robert Bosch Stiftung.

Beck, Sebastian 2016: Die Flüchtlingskrise als Renaissance der Bürgergesellschaft. In: Forschungsjournal Soziale Bewegungen 4/2016.

Becker, Elke/Speth, Rudolf/Strachwitz, Rupert Graf 2016: Zivilgesellschaft als Lotsen in die Gesellschaft. Berlin: Maecenata.

Bencek, David/Strasheim, Julia 2016: Refugees Welcome? Introducing a New Dataset on Anti-Refugee Violence in Germany, 2014-2015. Kiel: Institut für Weltwirtschaft.

Best, Heinrich et al. 2015: Politische Kultur im Freistaat Thüringen. Ergebnisse des Thüringen-Monitors 2015. Jena: Institut für Soziologie der Friedrich-Schiller-Universität.

Brückner, Herbert et al. 2016: Geflüchtete Menschen in Deutschland: Eine qualitative Befragung. IAB-Forschungsbericht 9/2016. Nürnberg: IAB.

Deutscher Städtetag (Hg.) 2016: Gemeindefinanzbericht 2016. Berlin/Köln: Deutscher Städtetag.

Dragolov, Georgi et al. 2014: Gesellschaftlicher Zusammenhalt in Deutschland. Radar gesellschaftlicher Zusammenhalt: messen was verbindet. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung.

Eisnecker, Philipp/Schupp, Jürgen 2016: Stimmungsbarometer zu Geflüchteten in Deutschland. SOEPpapers 833. Berlin: DIW.

Gesemann, Frank/Aumüller, Jutta/Roth, Roland 2012: Stand der kommunalen Integrationspolitik in Deutschland. Berlin: BMVBS/BBSR/Bundesbeauftragte für Migration.

Gesemann, Frank/Roth, Roland 2016: Kommunale Flüchtlings- und Integrationspolitik. Ergebnisse einer Umfrage in Städten, Landkreisen und Gemeinden (25.01.-5.03.2016). Berlin: DESI (www.desi-sozialforschung-berlin.de).

Gessenharter, Wolfgang 2016: Wie die AfD zum parlamentarischen Arm der Neuen Rechten wird. In: Süddeutsche Zeitung vom 24.08.2016.

Hamann, Ulrike et al. 2016: Koordinierungsmodelle und Herausforderungen ehrenamtlicher Flüchtlingshilfe in den Kommunen. Qualitative Studie des Berliner Instituts für empirische Integrations- und Migrationsforschung. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung.

Helbling, Marc/Reeskens, Tim/Stolle, Dietlind 2015: Political Mobilisation, Ethnic Diversity and Social Cohesion: The Conditional Effect of Political Parties. In: Political Studies 63: 101-122.

Karakayali, Serhat/Kleist, J. Olaf 2016: Strukturen und Motive der ehrenamtlichen Flüchtlingsarbeit (EFA) in Deutschland. EFE-Studie 2. Berlin: BIM.

Kienbaum Management Consultants 2016: Organisatorische Herausforderungen durch den Flüchtlingsstrom in Deutschland. Berlin: Kienbaum.

Kriesi, Hanspeter et al. 2008: West European Politics in the Age of Globalization. Cambridge: Cambridge University Press.

Kriesi, Hanspeter et al. 2012: Political Conflict in Western Europe. Cambridge: Cambridge University Press.

Koopmans, Ruud/Schaeffer, Merlin 2016: Statistical and Perceived Diversity and Their Impacts on Neighborhood Cohesion in Ger-

many, France and the Netherlands. In: *Social Indicator Research* (125): 853-883.

Lofland, John 1996: *Social Movement Organizations: Guide to Research on Insurgent Realities*. Transaction Publishers.

Münkler, Marina und Herfried 2016: *Die neuen Deutschen. Ein Land vor seiner Zukunft*. Berlin: Rowohlt.

Petermann, Sören/Schönwälder, Karen 2014: *Immigration and Social Interaction. Do diverse environments matter?* In: *European Societies* (16) 4: 500-521.

Putnam, Robert D. 2007: *E Pluribus Unum: Diversity and Community in the twenty-first century*. In: *Scandinavian Political Studies* (30) 2, 137-174.

Reschke, Anja (Hg.) 2015: *Und das ist erst der Anfang. Deutschland und die Flüchtlinge*. Hamburg: Rowohlt.

Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration 2016: *Einschätzungen der Bevölkerung zu Asylbewerbern: Ergebnisse des SVR-Integrationsbarometers 2016*. Berlin: SVR.

Schammann, Hannes/Kühn, Boris 2016: *Kommunale Flüchtlingspolitik in Deutschland*. Bonn: Friedrich Ebert Stiftung.

Spath, Rudolf/Becker, Elke 2016: *Zivilgesellschaftliche Akteure und die Betreuung geflüchteter Menschen in deutschen Kommunen*. Berlin: Maecenata

Streeck, Wolfgang/Agnès Labrousse 2016: „Order is an exception, not the rule“. An Interview with Wolfgang Streeck. In: *Revue*

de la régulation 19/2016. (<http://regulation.revues.org/11925>).

Teney, Céline/Helbling, Marc 2014: *How Denationalization Divides Elites and Citizens*. In: *Zeitschrift für Soziologie* (43) 4, 258-271.

Unzicker, Kai 2016: *Deutschland und die Auseinandersetzung um Einwanderung und Flüchtlinge*. In: Bertelsmann Stiftung (Hg.): *Vielfalt statt Abgrenzung. Wohin steuert Deutschland in der Auseinandersetzung um Einwanderung und Flüchtlinge?* Gütersloh: Bertelsmann Stiftung, 11-34.

Urry, John 2016: *What ist the Future?* Cambridge: Polity.

vhw - Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e.V. 2016: *Kommunalbefragung 2016. Herausforderungen „Flüchtlingskrise vor Ort“*. Berlin: vhw.

Walsh, Edward J. 1981: *Resource Mobilization and Citizen Protest in Communities around Three Mile Island*. In: *Social Problems* (29) 1, 1-21.

Weber, Hannes 2016: *Mehr Zuwanderer, mehr Fremdenangst? Ein Überblick über den Forschungsstand und ein Erklärungsversuch aktueller Entwicklungen in Deutschland*. In: *Berliner Journal für Soziologie* (DOI 10.1007/s11609-016-0300-8).

Wiesendahl, Elmar 2016: *Der Kulturkonflikt um die Flüchtlingskrise und die politischen Folgen*. In: *ZSE* 1, 53-79.

Zick, Andreas/Preuß, Madlen 2016: *Einstellungen zur Integration in der Bevölkerung. Kurzbericht zum Projekt ZuGleich - Zugehörigkeit und Gleichwertigkeit*. Bielefeld: IKG.

„Bildung und Engagement sind die besten Integrationsmotoren, die wir haben.“

Karamba Diaby

„Bildung ist der Schlüssel für Integration.“ Diesen Satz hört man gefühlt in jeder zweiten Rede. Das ändert aber nichts an seiner Richtigkeit. Unabhängig davon, ob die Menschen vor Krieg und Gewalt geflüchten mussten oder ob sie

sich aus anderen Gründen auf den Weg nach Deutschland gemacht haben, steht eines fest: Wenn sie gleichberechtigt an den gesellschaftlichen Prozessen teilhaben wollen und sollen, benötigen sie Sprachkenntnisse sowie eine